

## Niederschrift

Gremium:	Haupt- und Finanzausschuss
Sitzung:	1. öffentliche/nicht-öffentliche Sitzung (HF/2015/001)
Sitzungsdatum:	Dienstag, 27.01.2015
Sitzungsort:	Ratssaal des Rathauses, 1. Etage, Zimmer 115
Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr	Ende der Sitzung: 21:55 Uhr

## Anwesend:

### **Bürgermeister**

Büter, Felix

### **CDU**

Vorkamp, Thomas  
Pomberg, Winfried  
Reehuis, Markus  
Große-Schwiep, Josef  
Terhalle, Josef  
Benölken, Franz  
Bohmert, Heinrich  
Enste, Margarete  
Hemsing, Klaus

### **SPD**

Lambers, Klaus  
Herickhoff, Hermann Josef  
Fischer, Mathilde  
Brüning, Dietmar

Vorbereitung für die Adressen

### **UWG**

Ruwe, Felix  
Kersting, Hubert  
Heijnk, Annegret

### **Bündnis 90/Die Grünen**

Löhring, Klaus

## **WGW**

Frankemölle, Norbert

## **FDP**

Horst, Reinhard

## **Verwaltung**

Almering, Christoph  
Althoff, Hans-Georg  
Beckmann, Georg  
Büscher, Hermann  
Klose, Alfred  
Schröder, Marco

## **Schriftführer**

Leuker, Werner

### **es fehlen entschuldigt:**

## **SPD**

Dönnebrink, Andreas

## **Tagesordnung:**

### **A. Öffentliche Sitzung**

- 1 Niederschrift über die 7. öffentliche Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses der Stadt Ahaus am 29.01.2014
- 2 Bestellung einer Schriftführerin / eines Schriftführers und seiner Stellvertretung
- 3 Wahl einer Vertreterin/eines Vertreters des Vorsitzenden
- 4 Beratung des Haushaltsplanentwurfs mit Anlagen für das Jahr 2015

### **B. Nichtöffentliche Sitzung**

- 1 Niederschrift über die 7. nicht-öffentliche Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses der Stadt Ahaus am 29.01.2014
- 2 Berichterstattung des Fachbereiches Rechnungsprüfung über die Ausführung der Beschlüsse des Rates und des Haupt- und Finanzausschusses im Jahr 2014
- 3 Kenntnisnahme der Vergabeentscheidungen des Bürgermeisters/Verwaltungsvorstandes im Jahr 2014
- 4 Bericht über die geschlossenen Gewergrundstücksverträge des Jahres 2014

---

## A. Öffentliche Sitzung

---

### 1 Niederschrift über die 7. öffentliche Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses der Stadt Ahaus am 29.01.2014

---

Die Niederschrift der 7. öffentlichen Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses der Stadt Ahaus vom 29. Januar 2014 wird anerkannt.

### 2 Bestellung einer Schriftführerin / eines Schriftführers und seiner Stellvertretung V/2015/0139

---

Der Haupt- und Finanzausschuss bestellt Werner Leuker zum Schriftführer und Fabian Wellers zu seinem Stellvertreter.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmiger Beschluss

### 3 Wahl einer Vertreterin/eines Vertreters des Vorsitzenden V/2015/0140

---

Ratsherr Horst (FDP-Fraktion) schlägt für das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden des Haupt- und Finanzausschusses Ratsherrn Hubert Kersting (UWG-Fraktion) vor. Weitere Vorschläge gibt es nicht.

Bürgermeister Büter lässt zunächst über die Zahl der zu wählenden Stellvertreter(innen) des Vorsitzenden abstimmen:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt:

1. Die Zahl der zu wählenden Stellvertreter(innen) des Vorsitzenden wird auf eins festgesetzt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmiger Beschluss

Im Anschluss trifft der Haupt- und Finanzausschuss folgende Wahlentscheidung:

2. Nach § 57 Abs. 3 Satz 3 GO NRW wird Hubert Kersting zum stellvertretenden Vorsitzenden des Haupt- und Finanzausschusses gewählt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

- 19 Ja-Stimmen
- 1 Enthaltung

### 4 Beratung des Haushaltsplanentwurfs mit Anlagen für das Jahr 2015

---

Der Kämmerer und erste Beigeordnete Althoff hat den Entwurf des Haushaltes 2015 in der Sitzung des Rates am 18. Dezember 2014 eingebracht. Der Entwurf der Haushaltssatzung

2015 mit seinen Anlagen liegt seit dem 29. Dezember 2014 bis zum Abschluss des Beratungsverfahrens im Rat öffentlich aus. Gleichzeitig kann er auf dem Internetangebot der Stadt Ahaus, [www.ahaus.de](http://www.ahaus.de), öffentlich eingesehen werden. Einwendungen, die innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Beginn der Auslegung erhoben werden können, sind nicht eingegangen.

Auf Vorschlag von Bürgermeister Büter wird der Beschluss über die Haushaltssatzung (S. 5 - 8 des Haushaltsplanentwurfes) bis zum Abschluss der Beratungen zurückgestellt. Ferner werden der Empfehlung des Bürgermeisters folgend die Seiten 9 bis 114 des Haushaltsplanentwurfes abschnittsweise behandelt. Die Einzelbudgets sollten dann seitenweise beraten werden. Mit dieser Vorgehensweise erklärt sich der Ausschuss einverstanden.

Nachdem es zu den Seiten 9 bis 114 des Haushaltsplanentwurfes keine Anmerkungen und Fragen gibt, folgt die Beratung der Einzelpläne.

Ratsherr Kersting (UWG-Fraktion) schlägt vor, dass bei der Abbildung der Stellenpläne in den einzelnen Budgets zukünftig neben dem aktuellen Jahr auch die Zahl der Stellen aus den letzten beiden Vorjahren vergleichend aufgeführt wird, um eine Entwicklungsübersicht zu erhalten. Die Verwaltung sagt zu, dies bei kommenden Haushaltsplänen zu berücksichtigen.

#### Budget 01.01 Innere Verwaltung – Politische Gremien

Ratsherr Kersting (UWG-Fraktion) weist auf eine fehlerhafte Darstellung des Aufwandes je Politiker für das Jahr 2015 hin. Die Verwaltung sagt eine Berichtigung im endgültigen Haushaltsplan zu.

#### Budget 01.02 Innere Verwaltung – Verwaltungsführung

Fraktionsvorsitzender Vorkamp (CDU-Fraktion) weist darauf hin, dass er anlässlich seiner Teilnahme an einer der Veranstaltungen im Rahmen der Ehrenamtswoche 2014 in Gesprächen mit zahlreichen Ehrenamtlichen den Eindruck gewinnen konnte, dass die vom Rat im Jahr 2013 zusätzlich zur Ehrenamtswoche beschlossene persönliche Ehrung einiger weniger Ehrenamtlicher in der Bevölkerung keine breite Unterstützung finde. Er schlägt daher vor, hierüber in den Fraktionen nochmals zu beraten und den Beschluss gegebenenfalls bei entsprechender Übereinstimmung zu korrigieren. Dank gelte insbesondere der hohen Zahl der ehrenamtlich Tätigen für ihre Arbeit in der Gesellschaft. Bürgermeister Büter bestätigt das vorgetragene Meinungsbild aus der Bevölkerung. Hervorzuheben sei der durch die Ehrenamtswochen in den letzten beiden Jahren initiierte Austausch unter den ehrenamtlich Tätigen aus den verschiedensten Bereichen. Für die SPD-Fraktion spricht sich auch Ratsfrau Fischer für einen Verzicht auf eine weitere Ehrungsveranstaltung für einzelne Personen aus.

#### Budget 01.04 Innere Verwaltung - Zentrale Dienste und Organisation

Fraktionsvorsitzender Horst (FDP-Fraktion) beantragt, das von ihm bereits vor einigen Jahren empfohlene und beschlossene Vorschlagswesen innerhalb der Verwaltung zeitnah umzusetzen. Zielsetzung seien innovative Vorschläge aus der Belegschaft zur Verbesserung der Arbeitsabläufe und zur Ausschöpfung von Einsparpotentialen. Hierfür sollen jährlich 6.000 EUR eingestellt werden, mit denen drei Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter für in dem betreffenden Jahr eingereichten Verbesserungs- und Einsparvorschläge durch eine dafür geschaffene Kommission honoriert werden sollen. Er bittet die Verwaltung für einen zeitnahen Umsetzungsvorschlag und für eine entsprechende Abbildung im Haushalt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmiger Beschluss

Ratsherr Lambers (SPD-Fraktion) bittet für diese Produktgruppe um die Aufnahme eines neuen politischen Zieles, mit dem zukünftig eine Frauenquote von 30% im höheren Dienst umgesetzt werden solle. Stellenbesetzungen müssten allerdings auch zukünftig nach entsprechender Qualifizierung vorgenommen werden. Bewußt wolle man auf eine zeitliche Vorgabe verzichten. Das Ziel soll sich zunächst vorrangig auf die beschäftigten Frauen im Rathaus beziehen. Fraktionsvorsitzender Horst (FDP) spricht sich ebenfalls für die Aufnahme dieses neuen Zieles aus und wirbt für eine sehr frühzeitige Werbung bei den Frauen für aufstiegsfördernde Fortbildungen und Studiengänge. Die Zielerreichung könne dabei nur langfristig umgesetzt werden.

Fraktionsvorsitzender Vorkamp (CDU-Fraktion) weist auf die bereits bestehenden landesgesetzlichen Vorgaben sowie auf die aufgeführten Maßnahmen in den aktuellen Frauenförderplänen hin. Ein neues Ziel reiche nicht, wenn es die bereits vorhandenen Vorgaben nur wiederhole. Seine Fraktion halte die Zielsetzung nicht für falsch, werde eine solche Zieldefinition aber ohne eine erforderliche nähere inhaltliche Beschreibung und Präzisierung nicht unterstützen können.

Bürgermeister Büter gibt zu bedenken, dass es hierbei auch zu Zielkonflikten kommen könne, bei denen zur Zielerreichung dann externe Stellenbesetzungen notwendig werden könnten. Deshalb sei eine Zielkonkretisierung, möglicherweise mit Unterzielen, erforderlich. Darüber hinaus weist er darauf hin, dass viele Verbesserungen mit entsprechenden Stellenveränderungen im Einvernehmen mit dem Personalrat und der Gleichstellungsbeauftragten bereits erzielt worden seien.

Ratsfrau Fischer (SPD-Fraktion) bestätigt die Bemühungen und Veränderungen in der Verwaltung, insbesondere in den unteren und mittleren Einkommensgruppen, wünscht sich jedoch eine Veränderung auch im höheren Dienst.

Auf Nachfrage des Fraktionsvorsitzenden Löhring (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) erklärt Bürgermeister Büter, dass nach den jetzt festgelegten umfangreichen Neubesetzungen von Führungspositionen im gehobenen und höheren Dienst in den kommenden 5 bis 7 Jahren kein heute erkennbarer höherer Veränderungsbedarf bestehe.

Bürgermeister Büter schlägt am Ende der Aussprache vor, das Ziel einer 30%igen Frauenquote im höheren Dienst in der Niederschrift festzuhalten und die bestehende Arbeitsgruppe „Zieldefinition“ mit der näheren Ausformulierung und Ausgestaltung der Zielbeschreibung zu beauftragen.

Hiermit erklärt sich der Ausschuss einverstanden.

---

#### Budget 01.10 Innere Verwaltung - Immobilienwirtschaft

---

Fraktionsvorsitzender Vorkamp (CDU-Fraktion) schlägt vor, die Preise für die Veräußerung von Gewerbegrundstücken entsprechend der Preisentwicklung des Grundstücksmarktes anzupassen. Die bereits vor einigen Jahren festgelegten Preise seien nicht mehr marktkonform. Er halte es für wünschenswert, dass die Verwaltung eine entsprechende Entscheidung vor der Verabschiedung des Haushaltes 2015 vorbereite und dem Rat vorlege. In Anbetracht der zeitlichen Enge halte er eine Tischvorlage zur kommenden Ratssitzung für vertretbar. Hierbei sollten Vergleichspreise aus den Nachbarkommunen beigelegt werden. Bürgermeister Büter sagt zu, bis zur nächsten Sitzung des Rates am 25. Februar 2015 eine entsprechende Tischvorlage mit einem Beschlussvorschlag vorzubereiten. Hiermit ist der Ausschuss einverstanden.

Fraktionsvorsitzender Horst (FDP-Fraktion) äußert den Wunsch, dass die Verwaltung ein Immobilien- und Gebäudezustandskataster erstellt, dass zukünftig rechtzeitig erkennen lasse, in welchen Gebäuden und an welchen Gewerken Erneuerungs- und Ersatzbeschaffungen anstünden. Im Übrigen schlägt er vor, dass die bevorstehenden Sanierungsmaßnahmen

an der Realschule im Vestert und der Anne-Frank-Realschule von einem externen Controlerbüro hinsichtlich der Beurteilung der notwendigen Maßnahmen und des Kostenumfanges beurteilen. Hierfür müssten entsprechende Haushaltsmittel eingestellt werden.

Bürgermeister Büter erläutert auf Nachfrage des Fraktionsvorsitzenden Vortkamp (CDU-Fraktion), dass es bei den genannten Baumaßnahmen nicht nur um Sanierungen, sondern auch um notwendige Erweiterungen gehe. Die Notwendigkeiten beider Baumaßnahmen habe die Verwaltung den politischen Gremien frühzeitig mitgeteilt. Hierbei habe der Rat ausdrücklich anerkannt und befürwortet, die notwendigen Bauarbeiten solange zurückzustellen, bis die vom Landgesetzgeber gewollten schulsystematischen und –organisatorischen Änderungen beschlossen seien.

Ratsherr Kersting (UWG-Fraktion) stützt diese Auffassung, hält jedoch ein Gebäudezustandskataster mit objektiven Zustandsdaten und einer klar definierten Sanierungsreihenfolge auch für eine verlässliche mittelfristige Finanzplanung für sehr hilfreich. Fraktionsvorsitzender Vortkamp (CDU-Fraktion) gibt zu bedenken, dass durch ein solches Kataster frühzeitig öffentlich gewordene zeitliche und finanzielle Daten auch zu Lasten einer hilfreichen Flexibilität bei den notwendigen Entscheidungen gehen können.

Beigeordneter Beckmann erklärt, dass im Fachbereich Immobilienwirtschaft natürlich Liegenschaftsdaten und Bedarfsübersichten für Sanierungen und notwendige Ersatzbeschaffungen vorliegen. Die Daten müssten allerdings in die gewünschte Form gebracht werden. Bei dem momentanen Arbeitsanfall für andere Projekte werbe er für eine pragmatische Handhabung, die die bisherige Flexibilität nicht unnötig einenge.

Bürgermeister Büter schlägt vor, dass der Fachbereich Immobilienwirtschaft die städtischen Gebäude systematisch nach Alter, Gebäudezustand und erkennbaren Renovierungsbedarf überprüft und in einem sogenannten Kataster mit entsprechenden Erläuterungen zusammenstellt. Die Übersicht könnte dann nach Fertigstellung in eine der nächsten Sitzungen im Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr vorgestellt und diskutiert werden. Von der Einstellung eines externen Controllers rät Bürgermeister Büter - auch hinsichtlich der Zusatzkosten - eher ab, da eine entsprechende Qualifizierung im Rathaus durchaus vorhanden sei.

Hiermit erklärt sich der Ausschuss einverstanden.

Auf Nachfrage des Fraktionsvorsitzenden Horst (FDP-Fraktion) nach den Kosten für die Errichtung eines Cateringbereiches im neuen Kulturzentrum führt Bürgermeister Büter aus, dass die im Haushalt und in der mittelfristigen Finanzplanung eingestellten Mittel neben den Baukosten für fest eingebaute und mobile Thekenelemente und für Kühleinrichtungen eingeplant seien. In den vorhergehenden Ausschussberatungen habe Einigkeit darin bestanden, dass prägende Einrichtungselemente zur Wahrung eines einheitlichen Gesamtbildes durch die Stadt Ahaus angeschafft werden sollten.

#### Budget 02.01 Sicherheit und Ordnung – Sicherheit und Ordnung

Ratsherr Kersting (UWG-Fraktion) regt an, dass die Unfallschadensentwicklung und die Ermittlung von Unfallschwerpunkten im zuständigen Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr vorgestellt werden. Erster Beigeordneter Althoff weist auf die jährliche Statistik der Kreispolizeibehörde hin. Bei Vorlage des nächsten Berichtes sei eine Berichterstattung im Ausschuss möglich. Überdies gebe es eine Unfallkommission aus Vertretern der unterschiedlichen Verkehrsträger, die regelmäßig über Verbesserungen im Straßenverkehr – auch aufgrund von auffallenden Unfallhäufigkeiten – berät und Empfehlungen gibt.

#### Budget 03.01 Schulträgeraufgaben – Bereitstellung schulischer Einrichtungen und Leistungen

Auf Nachfrage des Fraktionsvorsitzenden Ruwe (UWG-Fraktion) erläutert Bürgermeister Büter, dass die Kosten für die Stelle der Schulsozialarbeit im Produktbereich 06.03 (Kinder-,

Jugend- und Familienhilfe – Hilfen für junge Menschen und ihre Familien) veranschlagt ist.

#### Budget 06.01 Kinder-, Jugend und Familienhilfe – Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen

---

Ratsherr Lambers (SPD-Fraktion) stellt den Antrag, die Elternbeiträge für die Inanspruchnahme von Kindertageseinrichtungen entsprechend dem von der SPD-Fraktion bereits in der Sitzung des Rates im Dezember 2014 eingereichten Antrag zu verringern. Hintergrund sei das Bestreben, einkommensschwache Familien und alleinerziehende Elternteile zu entlasten. Gleichzeitig werde die Stadt Ahaus durch diese Maßnahme insbesondere auch für junge Familien attraktiver. Damit sollten junge Familien angesprochen werden, damit sie weiterhin in dieser Stadt wohnen bleiben oder auch nach Ahaus zuziehen.

Die Kosten belaufen sich nach Auskunft des Antragstellers auf jährlich etwa 350.000 Euro. Für das Haushaltsjahr 2015 werde die dann ab August 2015 wirksame Regelung Einnahmeausfälle bzw. Aufwandserhöhungen von ca. 170.000 EUR verursachen.

Bürgermeister Büter erklärt, dass gegenwärtig die Gemeindeprüfungsanstalt für das Land Nordrhein-Westfalen eine überörtliche Prüfung in der Verwaltung durchführe. Der Prüfbericht werde aller Voraussicht nach im Februar 2015 fertiggestellt und vorgelegt werden. Die Ergebnisse würden dann im März oder April 2015 im Rat vorgestellt werden. Bei der vorläufigen Schlussbesprechung habe die Gemeindeprüfungsanstalt bereits die Empfehlung ausgesprochen, im Interesse des vorgeschriebenen Haushaltsausgleichs die Elternbeiträge zu erhöhen. Die überprüften gegenwärtigen Beiträge seien im Vergleich zu Kommunen gleicher Größenordnung sehr niedrig. Ein dauerhafter Einnahmeverzicht gefährde möglicherweise eine Haushaltskonsolidierung.

Fraktionsvorsitzender Vorkamp (CDU-Fraktion) erklärt, dass seine Fraktion diesem Antrag nicht zustimmen werde, weil eine dauerhafte Mindereinnahme bei bereits bestehenden geringen Elternbeiträgen finanziell nicht tragbar sei. Die geltenden familienfreundlichen Elternbeiträge seien mit den Städten und Gemeinden im Kreis Borken bislang stets einheitlich abgesprochen worden. Es gebe in dieser Stadt kein Kind, welches aufgrund der Beitragsgestaltung nicht in eine Kindertagesstätte gehen könne. Die Stadt Ahaus investiere in den kommenden Jahren eine große Summe in den Ausbau der Schulen und leiste damit einen wirkungsvollen familienpolitischen Beitrag, der die Attraktivität und Familienfreundlichkeit der Stadt nachhaltig unterstreiche und sichere. Der Haushaltentwurf 2015 wie auch voraussichtlich die kommenden Haushalte seien defizitär. Daher müssten die hier beschriebenen Einnahmeausfälle und zusätzlichen Aufwände kreditfinanziert werden. Die den Eltern jetzt ersparten Beiträge müssten ihre Kinder in zukünftigen Jahren begleichen. Das halte er nicht für generationengerecht.

Fraktionsvorsitzender Löhring (Bündnis 90/Die Grünen) erklärt, dass die Stadt Ahaus auch für andere Maßnahmen im Tiefbau Investitionen in dieser Größenordnung tätige. Seine Fraktion sei bereit, jährlich eine Summe von 350.000 Euro für die Minderung der Elternbeiträge einzusetzen und trage den Antrag mit.

Ratsherr Reehuis (CDU-Fraktion) weist auf die bereits hohen Ausgaben im Bereich der Kindertagesstätten hin. 99% aller Kinder in Ahaus besuchten eine Kindertagesstätte. Er könne den Handlungsbedarf nicht erkennen und stelle sich die Frage, ob ein solches Handeln sozial oder aber verantwortungslos sei.

Am Schluss der Beratung lässt Bürgermeister Büter über den Antrag des Ratsherrn Lambers abstimmen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

- 10 Ja-Stimmen
- 9 Nein-Stimmen

Damit ist der Antrag angenommen.

## Budget 06.02 Kinder-, Jugend und Familienhilfe – Kinder- und Jugendarbeit

---

Auf Nachfrage des Fraktionsvorsitzenden Vorkamp (CDU-Fraktion) erläutert Bürgermeister Büter, dass das Spielplatzkonzept der Stadt Ahaus im Jahr 2015 vollständig überarbeitet wird.

## Budget 08.02 Sportförderung – Sportförderung

---

Ratsfrau Fischer (SPD-Fraktion) regt an, die Sportförderrichtlinien in Zusammenarbeit mit dem Stadtsportverband neu aufzustellen und sie damit den veränderten Rahmenbedingungen, insbesondere dem demographischen Wandel, anzupassen. Ferner sollte eine verstärkte Projektförderung angestrebt werden.

## Budget 10.02 Bauen und Wohnen – Denkmalschutz und Denkmalpflege

---

Ratsfrau Enste (CDU-Fraktion) erinnert an einen länger zurückliegenden Antrag des Heimatvereins Graes zum Wiederaufbau des Spiekers Averkotte. Hierzu wurde auch bei der REGIONALE 2016 ein entsprechendes Konzept eingereicht. Aus dem Ortsteil Graes lägen für eine Wiedererrichtung Spendenzusagen in Höhe von 48.000 Euro vor.

Bürgermeister Büter berichtet, dass die Maßnahme im Rahmen der Beratungen zum Dorfentwicklungskonzept in Graes formuliert worden sei mit dem Ziel, geeignete Fördermittel zu erhalten. Die Verwaltung habe eine Förderung durch Städtebaufördermittel des Landes NRW, durch die Partizipierung im Rahmen des Aufbaus des kulturhistorischen Zentrums in Vreden durch die REGIONALE 2016 und im Rahmen eines LEADER-Projektes mit den Gemeinden Heek und Legden geprüft. In allen drei Fällen sei dies allerdings nicht gelungen. In der Begründung habe in allen geprüften Möglichkeiten letztlich der Umstand, dass nicht ein bestehendes Gebäude am ursprünglichen Standort erhalten, sondern an anderer Stelle wiedererrichtet werden solle, zu einer Absage geführt. Damit bleibe allein die Möglichkeit, eine neue aktuelle Kostenrechnung für die Wiedererrichtung aufzustellen, um festzustellen, welche Restkosten nach Abzug aller privaten Spenden und Eigenleistungen nicht gedeckt seien. Dort müsse dann entschieden werden, ob für die Stadt Ahaus eine solche Förderung möglich und vertretbar sei. Zunächst sollte das Projekt in einer der folgenden Sitzungen des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr vorberaten werden. Hiermit erklärt sich der Ausschuss einverstanden.

## Budget 10.03 Bauen und Wohnen – Wohnungswesen

---

Auf Anfrage des Ratsherrn Kersting (UWG-Fraktion), ob zwei Personalstellen für eine deutlich sinkende Anzahl an Wohngeldempfängern noch aufwandsadäquat sei, antwortet Bürgermeister Büter, dass ein deutlich gestiegener Beratungsaufwand einerseits, eine tatsächlich aber auch höhere Anzahl an zu bearbeitenden Wohngeldanträgen andererseits bislang noch keine Stellenreduzierung zugelassen habe, die Verwaltung aber die weitere Entwicklung aufmerksam beobachte.

## Budget 12.01 Verkehrsflächen und –anlagen, ÖPNV – Öffentliche Verkehrsflächen

---

Fraktionsvorsitzender Löhring (Bündnis 90/Die Grünen) beantragt, den Fuß- und Fahrradweg entlang der Aa-Umflut vom Ammelner Weg bis zum Ottensteiner Weg wegen der hohen Frequenz auch während der dunklen Tageszeit zu beleuchten und entsprechende Mittel in den Haushalt einzustellen. Insbesondere der neu geschaffene Wohnmobil-Stellplatz, die Frequenz im Aquahaus und im Vereins- und Sportheim des VfL Ahaus seien der Grund für diesen Antrag. Vor allem Frauen und junge Mädchen fühlten sich während der Dämmerung nicht ausreichend geschützt. Denkbar sei eine Ausrüstung mit moderner Solar- bzw. LED-Technik mit tageszeitgerechter Ein- und Ausschaltung.



Fraktionsvorsitzender Vorkamp (CDU-Fraktion) weist darauf hin, dass es einerseits möglicherweise auf anderen Verkehrsflächen in der Stadt mit ähnlichen Funktionen gleiche oder noch dringendere Bedarfe gebe, er andererseits nicht empfehlen könne, einen Haushaltsansatz ohne jegliche Kostenplanung zu bilden.

Bürgermeister Büter erklärt, dass dieser Sachverhalt, zumindest in Teilen, bereits Gegenstand eines Antrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor einigen Jahren gewesen sei, der im Rat und im Anschluss auch im Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr beraten worden sei. Dort habe der Ausschuss beschlossen, zunächst auf einen Ausbau zu verzichten. Beigeordneter Beckmann berichtet ergänzend, dass der Rat nach seiner Kenntnis vor längerer Zeit einen Grundsatzbeschluss gegen einen Beleuchtungsausbau auf Verkehrswegen im Außenbereich gefasst habe.

Fraktionsvorsitzender Horst (FDP-Fraktion) weist auf die in den letzten Jahren gestiegene Frequentierung dieses Wegeabschnittes hin und empfiehlt eine Prüfung und Kostenermittlung. Ein Ausbau mit LED-Technik könne als Pilotmodell hilfreiche Erkenntnisse über einen darüber hinausgehenden zukünftigen Einsatz dieser Technik liefern. Die Prüfungsergebnisse können dann im Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr vorgestellt und vorberaten werden.

Ratsherr Lambers beantragt zur interfraktionellen Abstimmung eine kurze Sitzungsunterbrechung. Gegen diesen Geschäftsordnungsantrag erhebt sich kein Widerspruch. Bürgermeister Büter unterbricht die Sitzung um 20.30 Uhr. Der Ausschuss setzt seine Beratung um 20.37 Uhr fort.

Fraktionsvorsitzender Löhring (Bündnis 90/Die Grünen) passt den vorgetragenen Antrag dahingehend an, dass der Antrag zur weiteren Beratung in den zuständigen Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr verwiesen werden soll. Gleichzeitig solle auch eine mögliche Kofinanzierung durch die Stadtwerke Ahaus GmbH geprüft werden.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmiger Beschluss

Damit wird der Antrag zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr verwiesen.

Auf Nachfrage des Rats Herrn Löhring (Bündnis 90/Die Grünen) hinsichtlich einer möglichen Anbindung des Aquahauses an das öffentliche Busnetz der Regionalverkehr Münsterland (RVM) antwortet Erster Beigeordneter Althoff, dass gegenwärtig noch keine Kostenberechnungen seitens der RVM vorlägen und damit auch kein Ansatz im Haushaltsentwurf 2015 gebildet werden konnte. Diese seien für Mitte Februar 2015 angekündigt und werden dann anschließend im Detail im Fachausschuss vorgestellt. Falls die Daten bis zur Verabschiedung des Haushaltes vorliegen würden, sei eine Berücksichtigung im Haushalt grundsätzlich möglich, ansonsten bliebe später die Möglichkeit einer überplanmäßigen Ausgabe durch den Rat.

Beigeordneter Beckmann schlägt vor, mit dem ursprünglich bereits 2015 geplanten Endausbau der Südstraße in Wessum (Maßnahme 5.0000.00008) - unmittelbar anschließend an einer noch ausstehenden Errichtung eines Einfamilienhauses - zu beginnen, die Auftragsvergabe zu gegebener Zeit im Rahmen der Gesamtverpflichtungsermächtigungen für 2015 abzuwickeln und die Mittel für den Haushalt 2016 einzuplanen.

Auf Nachfrage des Rats Herrn Kersting (UWG-Fraktion) zum Stand der Planungen zur Erneuerung der Fuistingstraße antwortet Bürgermeister Büter, dass der zuständige Ausschuss des Kreises am 3. Februar 2015 im Rahmen der Haushaltsberatungen hierzu beraten werde. Die Kreisverwaltung plane Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit für nicht motorisierte Verkehrsteilnehmer im Bereich der Schulen durch den Einbau eines Fahrbahnteilers. Angesichts der derzeitigen Förderpraxis des Landes erscheine eine Bezuschussung der gesamten Maßnahme vom Kreisverkehr bis zum Bahnhof nicht möglich. Deshalb sei eine Begrenzung auf den Abschnitt vom Hessenweg bis zum Kusenhook vorgesehen.

Hierfür habe die Bezirksregierung eine Förderung für 2015 in Aussicht gestellt.

## Stellenplan

---

Erster Beigeordneter Althoff erläutert, dass der vorliegende Entwurf des Stellenplanes ergänzt werden müsse, und zwar um zwei halbe Stellen für den Fachbereich Jugend (Budget 06.01 und 06.03) sowie eine zusätzliche Hausmeisterstelle für die Asylbewerberunterkunft an der Fürstenkämpfe, für die abhängig von den Zuweisungszahlen der Asylbewerber möglicherweise im Jahresverlauf neben der bereits aufgeführten Stelle eine weitere eingerichtet werden müsse (Budget 05.01). Schließlich müsse eine neue Stelle für einen Bauingenieur in der Immobilienwirtschaft eingerichtet werden (Budget 01.10). Dies sei bereits Gegenstand von Erläuterungen in der letzten Sitzung des Rates gewesen.

Die Gegenfinanzierung der Personalmehrkosten für 2015 ergebe sich aus möglichen Einsparungen beim Gesamtumfang bei der Kreisumlage. Die Verwaltung werde die Details in einer Tischvorlage zur kommenden Ratssitzung vorlegen.

Fraktionsvorsitzender Löhring (Bündnis 90/Die Grünen) beantragt eine neue Stelle eines Diplom-Sozialarbeiters oder eines Diplom-Pädagogen bzw. eines entsprechenden Bachelor- oder Masterabschlusses für die Betreuung der Asylbewerber mit einem Personalstellenanteil von 0,7 bzw. 30 Wochenstunden. Sie soll wahlweise als Planstelle für einen Beamten (A9 gehobener Dienst) bzw. für Tariflich Beschäftigte in der Entgeltgruppe E9. Die Stelle soll zunächst ab dem zweiten Halbjahr 2015 auf 2 Jahre befristet eingerichtet werden. Sie solle neben der anerkanntswerten ehrenamtlichen Arbeit in diesem Bereich insbesondere als Schnittstelle zwischen der Stadt und der Bevölkerung eingesetzt werden.

Bürgermeister Büter erklärt, dass es auch bislang schon in den Fachbereichen Arbeit und Soziales sowie Jugend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gebe, die sich hauptberuflich um die Asylangelegenheiten kümmern. Deshalb schlage er aus Sicht der Verwaltung vor, die weitere Entwicklung abzuwarten und bedarfsgerecht und zeitnah zu reagieren. Dies gelte auch für eine mögliche Anpassung des Stellenplanes innerhalb eines Jahres.

Fraktionsvorsitzender Vorkamp (CDU-Fraktion) unterstützt diesen Ansatz und lehnt die proaktive Einrichtung einer Stelle zum jetzigen Zeitpunkt ab. Eine Stelle im Stellenplan könne vernünftigerweise erst dann eingeplant werden, wenn es hierfür belastbare und notwendige Gründe gebe. Verwaltungsvorstand Almering ergänzt, dass es hinsichtlich der vorliegenden zwei Rückäußerungen im Rahmen der Information der Nachbarschaft der Gartenstiege über die Einrichtung einer Asylwohnhauses unterschiedliche Erwartungen über die Reihenfolge und den Zeitpunkt der Information gebe. Er bitte aber um Verständnis, dass die Information erst dann erfolgen könne, wenn sichere vertragliche Grundlagen vorlägen. Eine neue Stelle werde diesen Umstand weder ändern noch verbessern.

Ratsfrau Hejink (UWG-Fraktion) erklärt, dass es wichtig sei, dass für diese Aufgabe, wie von der Verwaltung erläutert, eine Stelle und entsprechende Haushaltsmittel bei Bedarf zur Verfügung stünden. Ratsfrau Fischer (SPD-Fraktion) ergänzt, dass ausschließlich ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Konfliktsituationen überfordert seien und dann eine hauptamtliche Übernahme sichergestellt sein müsse. Nach Auskunft von Verwaltungsvorstand Almering gebe hauptamtlichen städtischen Kräften mit den hierfür eigens ausgebildeten und eingesetzten Integrationslotsen und der hauptamtlichen halben Stelle beim Caritasverband, deren Personalkosten von der Stadt Ahaus mitgetragen werden, bereits eine funktionierende hauptamtliche Unterstützung, die im Bedarfsfall auch aufgestockt werden könne.

Bürgermeister Büter sichert zu, dass die beabsichtigte Zielsetzung einer bedarfsgerechten und zeitnahen hauptamtlichen Ergänzung in der Asylbetreuung in Abhängigkeit von zukünftigen Zuweisungen von Asylbewerbern auch während des laufenden Haushaltsjahres gewährleistet sei. Hiermit erklärt sich der Ausschuss einverstanden und verzichtet auf eine diesbezügliche Veränderung des Stellenplans.

Am Ende der Beratungen zum Haushaltsplan erläutert Bürgermeister Büter, dass der vorlie-

gende Entwurf der Haushaltssatzung um die Einnahmeausfälle und zusätzlichen Aufwendungen bei den Elternbeiträgen zu Kindertageseinrichtungen korrigiert werden müsse.

Fraktionsvorsitzender Vorkamp (CDU-Fraktion) erklärt für seine Fraktion, dass der Beschluss über die Senkung der Kindergartenbeiträge nicht nur einmaliger, sondern grundsätzlicher Natur sei. Wie hoch die tatsächlichen Einnahmeausfälle seien, könne man gegenwärtig aufgrund nicht auszuschließender Veränderungen beim Elternwahlverhalten nicht sicher beziffern. Genausowenig könne man abschätzen, ob infolge der Senkung der Elternbeiträge Personalveränderungen oder zusätzliche Baumaßnahmen erforderlich würden. Die CDU-Fraktion werde sich daher bei der vorliegenden Beschlussempfehlung für den Rat enthalten und in der Fraktion zunächst die weitere Haltung bis zur Ratssitzung beraten und entscheiden.

Bürgermeister Büter stellt folgende Beschlussfassung zur Abstimmung:

„Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat, die Haushaltssatzung 2015 unter Berücksichtigung der beratenen und beschlossenen Veränderungen zu beschließen.“

Daraufhin beschließt der Haupt- und Finanzausschuss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat, die Haushaltssatzung 2015 unter Berücksichtigung der beratenen und beschlossenen Veränderungen zu beschließen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

10 Ja-Stimmen  
10 Enthaltungen

gez. Felix Büter  
Vorsitzender

gez. Werner Leuker  
Schriftführer